



17.019

**Bundesgesetz über das öffentliche
Beschaffungswesen.
Totalrevision**

**Loi sur les marchés publics.
Révision totale**

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.18 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.18 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.18 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.12.18 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.03.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.06.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.06.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.06.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.06.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.06.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen
Loi fédérale sur les marchés publics**

Art. 11 Bst. f

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 11 let. f

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 29

Antrag der Einigungskonferenz

Abs. 1

Die Auftraggeberin prüft die Angebote anhand leistungsbezogener Zuschlagskriterien. Sie berücksichtigt, unter Beachtung der internationalen Verpflichtungen der Schweiz, neben dem Preis und der Qualität einer Leistung, insbesondere Kriterien wie Zweckmässigkeit, Termine, technischer Wert, Wirtschaftlichkeit, Lebenszykluskosten, Ästhetik, Nachhaltigkeit, Plausibilität des Angebots, die unterschiedlichen Preisniveaus in den Ländern, in welchen die Leistung erbracht wird, Verlässlichkeit des Preises, Kreativität, Kundendienst, Lieferbedingungen, Infrastruktur, Innovationsgehalt, Funktionalität, Servicebereitschaft, Fachkompetenz oder Effizienz der Methodik.

Abs. 2

Ausserhalb des Staatsvertragsbereichs kann die Auftraggeberin ergänzend berücksichtigen, inwieweit die Anbieterin Ausbildungsplätze für Lernende in der beruflichen Grundbildung, Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmende oder eine Wiedereingliederung für Langzeitarbeitslose anbietet.

**Art. 29***Proposition de la Conférence de conciliation**Al. 1*

L'adjudicateur évalue les offres sur la base de critères d'adjudication en lien avec les prestations. Outre le prix et la qualité de la prestation, il prend notamment en considération, dans la mesure compatible avec les obligations internationales de la Suisse, des critères tels que l'adéquation, les délais, la valeur technique, la rentabilité, les coûts du cycle de vie, l'esthétique, le développement durable, la plausibilité de l'offre, les différents niveaux de prix pratiqués dans les pays où la prestation est fournie, la fiabilité du prix, la créativité, le service après-vente, les conditions de livraison, l'infrastructure, le caractère innovant, la fonctionnalité, le service à la clientèle, les compétences techniques et l'efficacité de la méthode.

Al. 2

Pour les marchés non soumis aux accords internationaux, l'adjudicateur peut prendre en compte à titre complémentaire la mesure dans laquelle les soumissionnaires offrent des places de formation professionnelle initiale, des places de travail pour les travailleurs âgés ou une réinsertion pour les chômeurs de longue durée.

Art. 35 Bst. s*Antrag der Einigungskonferenz*

s. die Bezugsquelle für die Ausschreibungsunterlagen sowie gegebenenfalls eine kostendeckende Gebühr.

Art. 35 let. s*Proposition de la Conférence de conciliation*

s. l'adresse à laquelle les documents d'appel d'offres peuvent être obtenus et, le cas échéant, un émolument couvrant les frais.

Pardini Corrado (S, BE), für die Kommission: Heute Morgen haben wir die Schlussrunde in der Einigungskonferenz durchgeführt. Sie erinnern sich daran, dass dieses Gesetz vor allem drei strittige Punkte beinhaltete. Den einen strittigen Punkt, namentlich die Frage, ob das Leistungsortsprinzip gelten solle oder nicht, haben wir im Vorfeld bereits klar zugunsten unseres Rates entschieden.

Heute Morgen ging es im Wesentlichen um zwei Fragen:

Die erste Frage ist in Artikel 11 Buchstabe f festgehalten. Dort geht es um sogenannte Schutzgebühren. Unser Rat wollte auf jegliche Schutzgebühr verzichten, der Ständerat nicht. Wir haben uns jetzt heute Morgen auf einen Kompromiss mit dem Ständerat geeinigt, der grundsätzlich in Artikel 35 festhält, dass keine Schutzgebühren mehr erhoben werden können, jedoch die Bezugsquelle für die Ausschreibungsunterlagen gegebenenfalls eine kostendeckende Gebühr erheben

AB 2019 N 1210 / BO 2019 N 1210

kann. Schutzgebühren per se sind also aus dem Gesetz gestrichen. Lediglich Gebühren, die kostendeckend sind, dürfen erhoben werden. Uns schien das ein sinnvoller Kompromiss in diesem Bereich zu sein.

Was hingegen zu einer sehr grossen Diskussion geführt hat, war die Frage der Zuschlagskriterien im dem Staatsvertrag unterstellten Bereich sowie im nicht dem Staatsvertrag unterstellten Bereich der Submissionen. Sie wissen, es ging darum, ob wir das ausländische Preisniveau oder die Lebenshaltungskosten mitberücksichtigen können oder nicht. Das war über Wochen hinweg ein Thema und auch Anlass für zahlreiche Auseinandersetzungen.

Wir haben heute Morgen von der Verwaltung eine Kompromisslösung zwischen dem Ansatz des Ständerates und dem Ansatz des Nationalrates erhalten. Der Kompromissvorschlag sieht vor, dass wir jetzt neu in Artikel 29 einen Satz einfügen. Sie sehen das auf der Fahne, die Ihnen verteilt worden ist. Neu heisst es: "Die Auftraggeberin prüft die Angebote anhand leistungsbezogener Zuschlagskriterien. Sie berücksichtigt, unter Beachtung der internationalen Verpflichtungen der Schweiz ..." Darauf folgen alle Kriterien. Also haben wir uns eigentlich auf eine Selbstverständlichkeit geeinigt, namentlich darauf, dass wir bei der Beurteilung der Kriterien internationale Verpflichtungen mitberücksichtigen müssen. Es ist ein Kompromiss, dem wir in der Kommission sehr knapp zugestimmt haben – Irrtum vorbehalten, mit 13 zu 12 Stimmen. Also knapper geht es kaum.

Der Kompromiss basiert auf der Fassung des Ständerates. In Absatz 1 wird eben dieser von mir zitierte Einschub eingefügt. In Absatz 2 ist somit kein Hinweis auf das Preisniveau enthalten. Dies ist auch nicht nötig, weil Absatz 1 sowohl für den Staatsvertragsbereich wie auch für den Nichtstaatsvertragsbereich gilt. Dieser Einschub, wie ich ihn zitiert habe, gilt unter Beachtung der internationalen Verpflichtungen der Schweiz für alle



möglichen Zuschlagskriterien gemäss Absatz 1 und ist, wie gesagt, eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die wir im Gesetz nochmals reproduzieren.

Im Vergleich zur Fassung des Nationalrates bedeutet dieser Einschub keine zusätzliche Einschränkung des Spielraums bei der Anwendung der Kriterien. Das scheint mir sehr wichtig zu sein, weil es das Ansinnen beider Kommissionen war, dass bei der Frage des Ermessensspielraums der Behörden bei der Vergabe neu nicht der Preis im Zentrum steht, sondern die Frage der Nachhaltigkeit, der Qualität, der Lebenszyklen der Produkte und des Service. All das soll stark mitberücksichtigt werden. Es war ein Anliegen von links bis rechts, dass wir diese Kriterien neu stark gewichten können. Man erhofft sich damit auch, dass daraus ein Vorteil für das einheimische Gewerbe und somit für die einheimischen Arbeitsplätze resultiert.

Dieser Einschub schränkt dieses Ansinnen also in keiner Art und Weise ein. Wir, als Kommissionssprecher, wurden gebeten, das zu unterstreichen, damit durch diesen Einschub nicht eine falsche Interpretation entstehen kann.

Noch einmal: Wir haben hier ein Gesetz, das sehr modern, sehr gut ist und das, wie gesagt, eigentlich alle Kriterien erfüllt, die wir gemeinsam erarbeitet haben. Namentlich haben wir jetzt nebst dem Preis eine Vielzahl von Kriterien eingeführt, und – was zentral ist – das Leistungsortsprinzip gilt nach wie vor. Auch das ist ein Schutz, damit nicht durch die Hintertür Dumping betrieben werden kann.

Ich beantrage dem Rat, diesem Kompromiss zuzustimmen und der Einigungskonferenz zu folgen.

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: La Conférence de conciliation des Commissions de l'économie et des redevances s'est réunie ce matin pour examiner deux points.

Le premier concerne l'article 11 lettre f, en lien avec l'article 35 lettre s. Il s'agit de la question de la perception d'émoluments lors de la mise à disposition des documents d'appel d'offres. La Conférence de conciliation vous propose de soutenir la version du Conseil des Etats, par 20 voix contre 4 et aucune abstention. Cela signifie que l'adjudicateur peut, le cas échéant, s'il le souhaite, prélever un émolument lors de la production de la documentation d'appel d'offres, mais cet émolument devrait couvrir les coûts: il ne devrait donc pas être disproportionné et ne viser que la couverture des frais effectifs de l'administration ou de l'adjudicateur.

Le deuxième point que nous avons traité ce matin concerne l'article 29 alinéas 1 et 2. C'est un point sensible qui a fait l'objet de longs débats. Faut-il, dans le cadre des critères d'adjudication, tenir compte des différences de prix pratiqués dans le pays où la prestation est fournie? C'est la question qui s'est posée. L'administration a soumis à la Conférence de conciliation une proposition de compromis entre l'approche du Conseil national et celle du Conseil des Etats. Ce compromis consiste en l'introduction à l'article 29 alinéa 1 d'une demi-phrase, précisant que les critères qui sont mentionnés à l'article 29 doivent être pris en compte par l'adjudicateur uniquement, "dans la mesure compatible avec les obligations internationales de la Suisse".

Donc les critères mentionnés à l'article 29 alinéa 1 devraient être pris en considération par l'adjudicateur, mais uniquement s'ils sont conformes aux engagements internationaux de la Suisse. Pourquoi avons-nous introduit ce bout de phrase? Eh bien, c'est pour éviter que le critère de la différence par rapport aux prix pratiqués dans les pays où la prestation est délivrée, auquel le Conseil des Etats tenait, conduise à des violations du droit international et d'accords de l'Organisation mondiale du commerce. C'est ce but qui a été poursuivi. Les autres critères qui sont mentionnés à l'article 29 ne sont de fait pas touchés par cette adjonction même si le texte de la loi peut semer une certaine confusion. Mais l'intention de la Conférence de conciliation, c'est de ne pas toucher à la marge de manoeuvre de l'adjudicateur s'agissant de l'utilisation des autres critères qui sont expressément mentionnés à l'article 29. Voilà l'interprétation que fait la Conférence de conciliation de cet ajout, qui a été acceptée par 13 voix contre 12.

Lors du vote sur l'ensemble concernant les travaux de la Conférence de conciliation, les propositions ont été acceptées par 19 voix contre 1 et 5 abstentions.

J'ai à présent l'occasion d'adresser un certain nombre de remerciements. Je crois que le Parlement, en quelque 18 mois, a élaboré une loi novatrice, qui repose sur un changement de paradigme puisque dorénavant le rapport qualité/prix devrait avoir un poids déterminant alors que jusqu'à présent c'est surtout le prix seul qui avait un poids décisif dans le domaine des marchés publics. Le Parlement a également décidé – c'était un point important – que les conditions de travail devant être respectées sont celles qui valent au lieu d'exécution de la prestation, quitte à ce qu'il adapte, ultérieurement, la loi fédérale sur le marché intérieur à cette nouveauté.

J'adresse donc mes remerciements à Monsieur Ueli Maurer, président de la Confédération, et à son administration, qui ont judicieusement accompagné les travaux de la commission pendant ces quelque 18 mois.

Je remercie également le secrétariat de la Commission de l'économie et des redevances, qui a fait un travail remarquable et qui a fait preuve d'une diligence que je me permets de relever. Merci!



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.019/19129)

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 153 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(26 Enthaltungen)

Art. 3 Bst. f

Antrag der Redaktionskommission

Streichen

Schriftliche Begründung

Da sich der Buchstabe f nur auf Artikel 12a beziehen soll und nicht auch auf Artikel 30 Absatz 4, wird er in Artikel 12a bzw. Artikel 12 integriert. Die Definition wurde präzisiert, und es wurde in Bezug auf das anwendbare Recht zwischen dem Inland und dem Ausland unterschieden. Der Wortlaut findet sich in Artikel 12 Absatz 2bis.

Art. 3 let. f

Proposition de la Commission de rédaction

Biffer

AB 2019 N 1211 / BO 2019 N 1211

Developpement par écrit

La définition prévue à l'article 3 lettre f ne se rapportant qu'à l'article 12a et pas à l'article 30 alinéa 4, son contenu a été intégré à l'article 12a, lequel a ensuite été fusionné avec l'article 12. La définition a dû être légèrement adaptée pour des raisons d'application du droit. Son contenu se retrouve à l'article 12 alinéa 2bis.

Art. 12

Antrag der Redaktionskommission

Abs. 2bis

Die Auftraggeberin vergibt einen öffentlichen Auftrag nur an Anbieterinnen, welche mindestens die am Ort der Leistung geltenden rechtlichen Vorschriften zum Schutz der Umwelt und zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen einhalten; dazu gehören im Inland die Bestimmungen des schweizerischen Umweltrechts und im Ausland die vom Bundesrat bezeichneten internationalen Übereinkommen zum Schutz der Umwelt.

Abs. 3

Die Subunternehmerinnen sind verpflichtet, die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 2bis einzuhalten. Diese Verpflichtungen sind in die Vereinbarungen zwischen den Anbieterinnen und den Subunternehmerinnen aufzunehmen.

Abs. 4

Die Auftraggeberin kann die Einhaltung der Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 2bis kontrollieren oder die Kontrolle Dritten übertragen, soweit diese Aufgabe nicht einer spezialgesetzlichen Behörde oder einer anderen geeigneten Instanz, insbesondere einem paritätischen Kontrollorgan, übertragen wurde. Für die Durchführung dieser Kontrollen kann die Auftraggeberin der Behörde oder dem Kontrollorgan die erforderlichen Auskünfte erteilen sowie Unterlagen zur Verfügung stellen. Auf Verlangen hat die Anbieterin die erforderlichen Nachweise zu erbringen.

Abs. 5

Die mit der Einhaltung der Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 2bis befassten Behörden und Kontrollorgane erstatten der Auftraggeberin Bericht über die Ergebnisse der Kontrollen und über allfällige getroffene Massnahmen.

Schriftliche Begründung

Die Redaktionskommission hat von der WAK-SR am 9. April 2019 den Auftrag erhalten, Artikel 12a in Artikel 12 zu integrieren. Dabei wurde nicht gesagt, wie die Integration genau erfolgen soll. Die Abklärungen haben nun ergeben, dass die Absätze 3 bis 5 von Artikel 12 um den Inhalt von Artikel 12a zu erweitern sind. Artikel 12a ist in der Folge zu streichen.

Art. 12

Proposition de la Commission de rédaction

**Al. 2bis**

Un marché public ne peut être adjugé qu'aux soumissionnaires qui respectent au moins les prescriptions légales relatives à la protection de l'environnement et à la préservation des ressources naturelles en vigueur au lieu de la prestation; ces prescriptions comprennent, en Suisse, les dispositions du droit suisse en matière d'environnement et, à l'étranger, les conventions internationales relatives à la protection de l'environnement déterminées par le Conseil fédéral.

Al. 3

Les sous-traitants sont tenus de respecter les exigences définies aux alinéas 1 à 2bis. Cette obligation doit être mentionnée dans les accords que les soumissionnaires concluent avec leurs sous-traitants.

Al. 4

L'adjudicateur peut contrôler le respect des exigences définies aux alinéas 1 à 2bis ou déléguer cette compétence à des tiers, à moins que ce contrôle n'ait été confié à une autorité instituée par une loi spéciale ou à une autre instance compétente, en particulier à un organe de contrôle paritaire. Pour les besoins de ces contrôles, l'adjudicateur peut fournir à l'autorité ou à l'organe de contrôle compétents les informations nécessaires et mettre des documents à leur disposition. Sur demande, le soumissionnaire doit produire les preuves exigées.

Al. 5

L'organe de contrôle ou l'autorité chargés de contrôler le respect des exigences définies aux alinéas 1 à 2bis informent l'adjudicateur des résultats de leurs contrôles et des éventuelles mesures prises.

Développement par écrit

Lors de sa séance du 9 avril 2019, la CER-CE a prié la Commission de rédaction d'intégrer l'article 12a à l'article 12. Elle a en revanche omis de préciser les modalités de cette fusion. Les éclaircissements que la Commission de rédaction a pu obtenir auprès des deux CER ont permis de conclure que les alinéas 3 à 5 de l'article 12 doivent s'appliquer au contenu de l'ancien article 12a. Suite à ces modifications, l'article 12a peut être biffé.

Art. 12a**Antrag der Redaktionskommission**

Streichen

Art. 12a**Proposition de la Commission de rédaction**

Biffer

Art. 44 Abs. 2 Bst. f**Antrag der Redaktionskommission**

f. Sie missachten die Arbeitsschutzbestimmungen, die Arbeitsbedingungen, die Bestimmungen über die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit, die Bestimmungen über die Vertraulichkeit und die Bestimmungen des schweizerischen Umweltrechts oder die vom Bundesrat bezeichneten internationalen Übereinkommen zum Schutz der Umwelt.

Schriftliche Begründung

Durch die Integration von Artikel 12a in den Artikel 12 stellt sich die Frage, ob die Aufzählung in Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe f nicht auch um den Inhalt von Artikel 12a zu erweitern ist, was die beiden WAK bestätigt haben.

Art. 44 al. 2 let. f**Proposition de la Commission de rédaction**

f. ne respecte pas les dispositions relatives à la protection des travailleurs, les conditions de travail, les dispositions relatives à l'égalité de traitement salarial entre femmes et hommes ou les dispositions relatives à la confidentialité et les dispositions du droit suisse en matière d'environnement ou les conventions internationales relatives à la protection de l'environnement déterminées par le Conseil fédéral;

Développement par écrit

Suite à l'intégration de l'article 12a à l'article 12, la Commission de rédaction a voulu s'assurer que l'énumération contenue à l'article 44 alinéa 2 lettre f devait être complétée par le contenu de l'article 12a. Les deux CER l'ont confirmé.

**Art. 44 Abs. 1 Bst. k; 53 Abs. 1 Bst. j***Antrag der Redaktionskommission*

Streichen

Schriftliche Begründung

Beide Buchstaben der erwähnten Artikel verweisen auf Artikel 59, welcher aber von den Räten gestrichen worden ist. Als Folge dieses Beschlusses sind die Bestimmungen von Artikel 44 Absatz 1 Buchstabe k und Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe j zu streichen. Durch diese Streichung resultiert weiterer Anpassungsbedarf in Bestimmungen, die auf diese Buchstaben verweisen.

Art. 44 al. 1 let. k; 53 al. 1 let. j*Proposition de la Commission de rédaction*

Biffer

Développement par écrit

Les deux lettres de ces dispositions contiennent un renvoi à l'article 59, lequel a été biffé par les conseils. En conséquence de cette décision, l'article 44 alinéa 1 lettre k et l'article 53 alinéa 1 lettre j, doivent être biffés. D'autres adaptations s'ensuivent aux articles 45 alinéa 1, article 52 alinéa 2, et article 54 alinéa 1, car ces dispositions renvoient à l'une des dispositions précédemment biffées.

AB 2019 N 1212 / BO 2019 N 1212

Lohr Christian (C, TG), für die Kommission: Als Präsident der Redaktionskommission ist es mein Auftrag, den Antrag, den wir Ihnen bereits schriftlich zugestellt haben, heute noch zu begründen.

Stösst die Redaktionskommission bei einer Vorlage auf materielle Lücken, Unklarheiten oder Widersprüche, so kann sie, wenn das Differenzbereinigungsverfahren bereits beendet ist, nach Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung der Bundesversammlung vom 3. Oktober 2003 über die Redaktionskommission und im Einvernehmen mit den Präsidenten der vorberatenden Kommissionen, den Räten rechtzeitig vor der Schlussabstimmung die erforderlichen schriftlichen Anträge stellen.

Die Redaktionskommission ist bei der Vorbereitung des Erlasses auf mehrere offene Fragen gestossen, die zwingend geklärt werden müssen. Die Redaktionskommission hat im Vorfeld dieses Antrages am 3. Juni 2019 der WAK-NR und der WAK-SR in einem Brief die offenen Fragen und Lösungsvorschläge unterbreitet. Der Redaktionskommission war es dabei wichtig abzuklären, ob die von ihr skizzierten Lösungsvorschläge dem Willen des Gesetzgebers entsprechen. Die beiden Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben haben in ihrer Antwort vom 14. Juni 2019 keine Anpassungswünsche geäussert und sind damit mit dem Vorgehen und den von der Redaktionskommission angepassten Bestimmungen einverstanden.

Ich erlaube mir an dieser Stelle ausdrücklich, den Subkommissionen der Redaktionskommission aller Sprachen herzlichst zu danken. Es war eine grosse Übung, die wir in den vergangenen Wochen durchführen mussten, damit wir das Geschäft wirklich am Freitag abstimmungsreif haben. Mein herzlichster Dank also für die Kompetenz und die Einsatzbereitschaft, für zusätzliche Mails, Telefongespräche und Unterredungen, die uns alle mehrere Stunden – ich möchte das ausdrücklich betonen: mehrere Stunden – in Anspruch genommen haben.

Ich komme zur Begründung der Anträge der Redaktionskommission:

Zu Artikel 3 Buchstabe f: Da sich Buchstabe f nur auf Artikel 12a beziehen soll und nicht auch auf Artikel 30 Absatz 4, wird er in Artikel 12a bzw. Artikel 12 integriert. Die Definition wurde präzisiert, und es wurde in Bezug auf das anwendbare Recht zwischen dem Inland und dem Ausland unterschieden. Der Wortlaut findet sich in Artikel 12 Absatz 2bis.

Ich fahre weiter mit der Begründung zu Artikel 12 und Artikel 12a. Die Redaktionskommission hat von der WAK-SR am 9. April 2019 den Auftrag erhalten, Artikel 12a in Artikel 12 zu integrieren. Dabei wurde jedoch nicht gesagt, wie die Integration genau erfolgen soll. Die Abklärungen haben nun ergeben, dass die Absätze 3 bis 5 von Artikel 12 um den Inhalt von Artikel 12a zu erweitern sind. Artikel 12a ist in der Folge zu streichen. Es folgt die Begründung zu Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe f: Durch die Integration von Artikel 12a in Artikel 12 stellt sich die Frage, ob die Aufzählung in Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe f nicht auch um den Inhalt von Artikel 12a zu erweitern ist, was die beiden WAK bestätigt haben.

Ich komme noch zur Begründung zu Artikel 44 Absatz 1 Buchstabe k und Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe j: Beide Buchstaben der erwähnten Artikel verweisen auf Artikel 59, welcher aber von den Räten gestrichen worden ist. Als Folge dieses Beschlusses sind die Bestimmungen von Artikel 44 Absatz 1 Buchstabe k und Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe j zu streichen. Durch diese Streichung resultiert weiterer Anpassungsbedarf in



Bestimmungen, die auf diese Buchstaben verweisen. Dies betrifft Artikel 45 Absatz 1, Artikel 52 Absatz 2 und Artikel 54 Absatz 1.

Weitere Anpassungen betreffen den Begriff "das vorteilhafteste Angebot": Die Räte haben sich in Artikel 41 für den Ausdruck "das vorteilhafteste Angebot" entschieden. Der Redaktionskommission wurde bestätigt, dass dieser Ausdruck ebenfalls in den Artikeln 23, 39 und 43 zu verwenden ist. Der Begriff "das wirtschaftlich günstigste Angebot" wird in diesen Artikeln somit ersetzt. Die Anpassung wird direkt im Schlussabstimmungstext vorgenommen.

Ich gehe davon aus, dass Sie alles so verstanden haben, und bitte den Rat im Namen der Redaktionskommission, den vorliegenden Antrag anzunehmen.

Angenommen – Adopté

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): L'oggetto è pronto per la votazione finale.